

12.11.2012 00:00 Uhr, Hildburghausen

## EINE STADT STELLT SICH QUER

Mit einer Straßenblockade haben sich 120 Bürger einem Aufmarsch von 110 Rechtsextremen am Samstag in Hildburghausen entgegengestellt. Die Polizei drängte sie nach ergebnislosen Verhandlungen schließlich von der Straße.



**Hildburghausen** - Während die Stadt am Samstag mit einer Kranzniederlegung am Rathaus ihrer von den Nazis ermordeten jüdischen Mitbürgern gedachte, starteten am Bahnhof rund 110 Mitglieder des rechtsextremen "Freien Kräfte" und des "Bündnis Zukunft Hildburghausen" (BZH) zu einer Demonstration durch die Stadt. Unerträglich sei das, "ausgerechnet an einem solchen Tag", sagte der 1. Beigeordnete Holger Obst (CDU), der Bürgermeister Steffen Harzer (Die Linke) vertrat, der auf Dienstreise weilte.

Ungestört sollten die Neonazis aber nicht demonstrieren können: Bereits nach einigen hundert Metern Weg stellten sich ihnen in der Rückert-Straße etwa 120 Mitglieder der Bürgerbündnisse Hildburghausen und Schleusingen, unterstützt von politischen Mandatsträgern, wie den Landtagsabgeordneten Tilo Kummer und Ina Leukefeld (Die Linke), Vertretern der Kirche und linker Gruppierungen aus Suhl, in den Weg.



Artikel  
mit  
Diaserie

Mit Transparenten und Schildern wie "Kein Ort für Nazis" machten die Blockierer klar, dass sie den Marsch der Rechtsextremen durch die Stadt nicht widerstandslos hinnehmen. Eine solche Blockade sei legitimes Mittel des Protestes, hieß es.

### Blockade aufgelöst

Anders sah das die mit einem Großaufgebot von rund 200 Beamten angerückte Polizei. Einsatzleiter Wolfgang Nicolai, Chef der Landespolizeiinspektion Suhl, machte den Blockierern klar, dass er die nicht angemeldete Blockade räumen lassen werde. Die Polizei habe die Pflicht, dem genehmigten Demonstrationszug der Rechten Platz zu schaffen. Speziell geschulte Kommunikationsbeamte versuchten die Gegendemonstranten zu überzeugen, selbst von der Straße zu gehen. Dies gelang jedoch nicht. Abgeschildert von der Polizei warteten die Rechtsextremen, darunter auch BZH-Gründer Tommy Frenck, etwa 100 Meter entfernt. Auch Landrat Thomas Müller war an den Ort des Geschehens gekommen. Er verteidigte gegenüber wütenden Bürger in vielen Gesprächen noch einmal die erteilte Genehmigung des Aufmarsches durch die Ordnungsbehörde. Man habe der Versammlungsfreiheit entsprochen. Es gebe keine Rechtsgrundlage für eine andere Entscheidung, sagte er.

Während die Polizei nach einer knappen Dreiviertelstunde die unmittelbar bevorstehende Räumung ankündigte, versuchten sowohl Müller als auch Landtagsabgeordneter Tilo Kummer die Protestierer bis zuletzt zu überreden, die Straße freiwillig zu verlassen. Vertreter der Bürgerbündnisse willigten unter Protest schließlich ein. Einige halb verummte Demonstranten machten allerdings deutlich, nicht weichen zu wollen. Sie wurden von Bereitschaftspolizisten von der Straße gedrängt, ohne größeren Widerstand zu leisten.

Während die Rechtsextremen ihren Aufmarsch fortsetzten und im Wohngebiet Waldstadt eine Zwischenkundgebung abhielten, machte das Bündnis auf dem Markt bei einer genehmigten Gegenveranstaltung unter dem Motto "Toleranz kennt keine Grenzen - außer für Volksverhetzer" deutlich, dass Hildburghausen kein Ort für Nazis und rechte Parolen ist. Kurz bevor die Rechtsextremen den mit Absperrgittern geteilten und von einem massiven Polizeiaufgebot gesicherten Markt zur Abschlusskundgebung erreichten, ging die offizielle Bündnisveranstaltung mit Worten des Gedenkens durch Superintendent Michael Kühne, einer Gedenkminute für die Opfer von Intoleranz, Fremdenhass und NSU zu Ende. Eine Lichterkette aus brennenden Kerzen setzte den Schlusspunkt.

"Alles ist friedlich geblieben", konstatierte Polizei-Einsatzleiter Wolfgang Nicolai. So hätten lediglich drei Personen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und dem Zeigen von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen in Gewahrsam genommen werden müsse. .

Dass es friedlich blieb, daran hatte auch die Taktik der Polizei ihren Anteil, die über zahlreiche Kommunikationsbeamte den Dialog mit beiden Seiten suchte. Dennoch gab es vom Bürgerbündnis Kritik wegen der aufgelösten Blockade.

"Wir werten den Tag trotzdem als vollen Erfolg. Auch wenn wir den Aufmarsch letztlich nicht verhindern konnten, haben wir gezeigt, dass wir das nicht widerstandlos hinnehmen", resümierte Mathias Günther, Fraktionschef der Linken im Hildburghäuser Stadtrat und Bündnissprecher. Er selbst sei "positiv überrascht" über die Resonanz auf den Aufruf der Bürgerbündnisse und die gelungene Blockadeaktion gewesen. Gleichwohl äußerten er und viele andere Gegendemonstranten, darunter auch der Bundestagsabgeordnete Jens Petermann (Die Linke), Kritik am Landratsamt. Mit der Genehmigung des Aufmarsches durch die Stadt habe die Ordnungsbehörde die Situation in Hildburghausen zu einem Großteil mit zu verantworten. Diese Kritik wies Landrat Thomas Müller mit Verweis auf die Gesetze zurück, die keine andere Entscheidung zugelassen hätten. Gleichwohl strebe man ein Gespräch mit Stadt, Bündnisvertretern und Kirchen an, um nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Wie am Wochenende bekannt wurde, haben Rechtsextreme erneut eine Veranstaltung angemeldet. Diese soll am kommenden Sonntag, dem Volkstrauertag, in Ummerstadt stattfinden. Das Bündnis gegen Rechtsextremismus ruft auch dort zu Widerstand und Protest auf.

---

Quelle: [www.insuedthueringen.de](http://www.insuedthueringen.de)

Autor: Von Georg Vater

Artikel: <http://www.insuedthueringen.de/lokal/hildburghausen/hildburghausen/Eine-Stadt-stellt-sich-quer;art83436,2178020>

Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung